

Resolution wegen Fällung der Robinien

Bezirksbeirat unzufrieden mit Kommunikation der Stadtverwaltung

Die Mitglieder des Mühlhausener Bezirksbeirats ärgern sich, weil die Fällung der Robinien im Bereich Wagrainäcker nicht vorher kommuniziert wurde.



Um Platz für heimische Baumarten zu schaffen, wurden auf einer Fläche nahe der Aubrücke Robinien gerodet.
Foto: Janay Schumacher

Unmut herrscht unter den Bezirksbeiräten Mühlhausens. Der Grund: Die Mitglieder des Gremiums sind „sehr befremdet darüber, dass die Fällung der Robinien im Bereich Wagrainäcker nicht vorher im Bezirksbeirat kommuniziert wurde“, steht in einer kürzlich verabschiedeten Resolution. Offenbar kein Einzelfall: Denn in dem Papier heißt es weiter, dass bereits nach den erheblichen Eingriffen im Bereich Feuerbachtal im vergangenen Jahr die „mangelhafte Kommunikation“ mit dem Bezirksbeirat kritisiert worden sei.

Die Robinien wurden im Zuge des Ikone-Projekts gefällt. Ikone steht für „Integrierende Konzeption Neckar-Einzugsgebiet“ und ist Teil des Masterplans „Erlebnisraum Neckar“ der Stadt Stuttgart. Mit einer Realisierung des Projekts ist voraussichtlich im Jahr 2022 zu rechnen. Im Herbst 2016 wurde das Projekt erstmals im Bezirksbeirat Mühlhausen vorgestellt. Um Platz für heimische Baumarten zu schaffen, wurden auf einer Fläche nahe der Aubrücke Robinien gerodet, teilte die Stadtverwaltung im März dieses Jahres mit. Doch der Bezirksbeirat wurde über die Fällungen nicht informiert und erfuhr erst in der Presse von den Rodungen – sehr zum Ärger der Lokalpolitiker. Besonders brisant: Das Ikone-Projekt ist bei den Bezirksbeiräten und auch unter Natur- und Umweltschützern nicht unumstritten, daher

wäre eine vorherige Vorstellung dieser Maßnahme im Gremium notwendig gewesen, „bevor vollendete Tatsachen geschaffen wurden“. Denn, wenn wie im Falle des Grundstücks an den Wagrainäckern der Charakter einer Fläche – die auch noch Landschaftsschutzgebiet ist – verändert werde, müsse der Bezirksbeirat informiert und nach Möglichkeit auch an den folgenden Maßnahmen und Prozessen beteiligt werden. Dies ist im konkreten Fall nicht geschehen, stattdessen wurden die Bezirksbeiräte von der Bevölkerung auf die Rodungen angesprochen. Um solche Vorkommnisse zu vermeiden, soll die Verwaltung von ihrer Planung einer Installation eines Waldgremiums berichten, steht in der Resolution. Außerdem wollen die Bezirksbeiräte wissen, in welcher Form die Lokalpolitiker künftig mit eingebunden werden sollen.